Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 25

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

schen den einzelnen Wissenschaften eine starke Annäherung besteht (Biologie-Medizin - Physik - Elektronik-Strahlungstechnik; Metallurgie - Chemie - Physik - Mathematik usw.) ist eine genaue Koordination der Forschung unumgänglich. Diese soll durch das neugeschaffene Staatskomitee zur Koordination der wissenschaftlichen Forschung und Planung gewährleistet werden. Ebensowichtig ist aber auch die Koordination auf den unteren Stufen: zwischen den einzelnen Institutionen, Laboratorien usw.

Hinsichtlich der Vorbereitung der wissenschaftlichen Kader unterscheidet man zwei Etappen: die Hochschule und die spezielle Vorbereitung der Wissenschaftler nach dem Absolvieren der Hochschule. Ueber die Hochschulreform wurde schon viel geschrieben, es stehen aber offensichtlich noch weitere Reformen bevor, weil auf den 4. bis 7. Juli eine Unionskonferenz der Vertreter der Hochschulen vom Zentralkomitee der Partei und vom Ministerrat einberufen worden ist. Betreffend die weitere Ausbildung nach der Hochschule und die eigentliche Vorbereitung der Wissenschaftler, wird vor allem die zu kleine Zahl der Personen mit wissenschaftlichen Titeln, sowie die Schwierigkeiten bei der Erlangung dieser Titel für Personen, die nicht an den Hochschulen, sondern in der Praxis tätig sind beanstandet. Anderseits wird bemängelt, dass viele Dissertationen keinen praktischen Wert haben und für die Doktoranden einen Selbstzweck darstellen (automatische Lohnzulagen unabhängig von der effektiven praktischen Leistung).

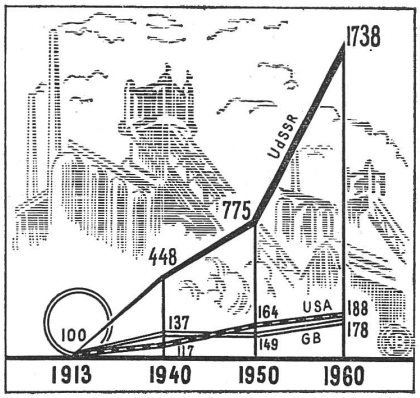
Im Beschluss-Stadium

Mit Publikationsdatum vom 17. Juni fassten das ZK der Partei und der Ministerrat einen Beschluss über die Reorganisation auf diesem Gebiet. Die wichtigsten Neuerungen können folgendermassen zusammengefasst werden: ab 1962 wird das Staatsplanungsamt in seinen Plänen eine jährliche Zunahme der Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter an den Hochschulen um 1000 vorsehen; die Hochschullehrer und Dozenten, die den Grad eines Kandidaten der Wissenschaft besitzen und sich über erfolgreiche wissenschaftliche Arbeiten ausweisen können, werden von der Hochschulleitung für 2 Jahre von der pädagogischen Tätigkeit dispensiert, damit sie ihre Doktorarbeiten vorbereiten können, in dieser Zeit werden sie als wissenschaftliche Mitarbeiter eingereiht und besoldet; das Hochschulministerium und die Akademie der Wissenschaften werden jährlich Pläne für die Aufnahmezahlen der Aspiranten (Hochschulabsolventen, die an einer Kandidats-Dissertation arbeiten) nach Fachrichtungen gemäss den Bedürfnissen der Volkswirtschaft aufstellen; die industriellen und landwirtschaftlichen Betriebe, sowie die Forschungsinstitute können jetzt ihre Mitarbeiter an die Hochschulen abkommandieren zwecks Vorbereitung von Dissertationen, die Voraussetzung dazu ist eine erfolgreiche zweijährige praktische Tätigkeit; die Oberste Attestationskommission hat jetzt das Recht, die in der Fachpresse veröffentlichten Arbeiten über neue originelle Maschinen, über neuartige Bauwerke, über neue technologische Betriebsprozesse usw. gleich wie Kandidats- oder Doktordissertationen zu behandeln. Die Kommission ist auch beauftragt worden, in Einzelfällen diesen Personen die sonst üblichen Prüfungen für den Grad eines Kandidaten der Wissenschaft zu erlassen.

Dieser Beschluss hat bestimmt eine sehr grosse praktische Bedeutung vor allem deshalb, weil er für viele fähige Ingenieure, Mediziner, Architekten, Chemiker usw. die in der Praxis tätig sind, ein Ansporn zur Forschungs- und Entwicklungsarbeit sein wird, die ihnen einen wissenschaftlichen Grad einträgt.

Besonders revolutionär ist der letzte Teil des Beschlusses und die Gleichstellung aller wichtigen Erfindungen und technologischen Neuerungen den Dissertationen. Dies bedeutet nämlich, dass Techniker oder sogar Arbeiter, die eine wichtige Erfindung gemacht haben unter Umständen einen wissenschaftlichen Titel tragen können, wenn sie z. B. durch Selbststudium ihre Arbeit wissenschaftlich begründen können.

Ohne Zweifel hat dieser Beschluss die Aufgabe, die Missstimmung unter der Jugend, die nach der Hochschulreform vor drei Jahren entstand, zu beheben und die Bereitschaft zur praktischen Betriebstätigkeit zu fördern. Für die allgemeine Entwicklung der Wissenschaft haben solche Massnahmen, die den Weg aus der Praxis in die Wissenschaft öffnen, bestimmt eine grosse Bedeutung.



Statistisches

UdSSR

Der tolle Vergleich

Zu den «Lebensstandard-Statistiken» mit denen die sowjetische Bevölkerung auffälligerweise besonders zur Zeit der kürzlichen britischen Industrieausstellung in Moskau gefüttert wurden (siehe KB Nr. 22) gehört auch die hier wiedergegebene Zeichnung, nach einer Darstellung der «Sowjetskaja Torgowlja» angefertigt.

Verglichen wird hier die *Zunahme des Nationaleinkommens* pro Kopf der Bevölkerung in der UdSSR, den USA und Grossbritannien. Verglichen wird selbstverständlich die prozentuale Wertzunahme (in den relativ jungen Wirtschaftsmächten des Ostblocks ohnehin das beliebteste Vorgehen — siehe KB Nr. 17), und zwar auf der Preisbasis von 1913. (Um beim zeitlichen Vergleich den realen Wertzuwachs festzustellen, werden die Werte des Volkseinkommens in konstanten Preisen eines Basisjahres angegeben, so dass die durch die Geldentwertung entstehenden Fehler ausgeschaltet werden.)

Nun ist es zunächst klar, dass die damalige russische Wirtschaft des Jahres 1913 einen völlig arbiträren Ausgangspunkt darstellt, wenn er dem Stand des Nationaleinkommens hochentwickelter Industrieländer gegenübergestellt wird. Der künstlich gezogene Nullpunkt berücksichtigt die völlig unterschiedliche Ausgangslage natürlich nicht, so dass die prozentuale Zunahme, die von einem unterentwickelten Zustand ausgehend naturgemäss viel grösser ist, eine einseitige Interpretation erfährt. (Allerdings wäre ein Vergleich der absoluten Steigerung bei den unterschiedlichen Währungen auch nicht leicht zu ziehen, besonders wenn die Konvertibilität der verschiedenen Valuten keinem realen Wertverhältnis entspricht.)

Dann ist daran zu denken, dass die Aufteilung des Nationaleinkommens «pro Kopf der Bevölkerung» eine rein rechnerische Angelegenheit ist, und in bezug auf die Lebenshaltung der Bevölkerung noch nichts aussagt. Das Volkseinkommen umfasst die Gesamtheit des Einkommens in einem Staatsgebiet, und erst die Verteilung (Anteil der Konsumgütererzeugung, der Wohnbauten usw.) gibt Aufschluss darüber, was die Bevölkerung davon hat. Die «Pro-Kopf»-Berechnung soll natürlich den Leser dazu verführen, die Zunahme des Staatseinkommens (um den es sich bei der UdSSR handelt) als Zunahme seines Reichtums zu sehen. Schliesslich sind Vergleiche zwischen den Nationaleinkommen von Staaten mit unterschiedlicher Marktwirtschaft überhaupt nur schwer zu ziehen. Es käme darauf an, wie das Natureinkommen erfasst wird, da eigentlich nur mit geldwerten Leistungen gerechnet werden kann.

Aufschlussreich ist in unserer Darstellung immerhin der steile Anstieg der sowjetischen Kurve zwischen 1950 und heute. Hier spielt der Aussenhandel eine gewichtige Rolle mit, der erst nach dem Kriege eine wesentliche Bedeutung erhielt.

Aufteilung des Volkseinkommens: In Leserbriefen an die sowjetische Presse wird geklagt, man könne nach Feierabend keine Zeitung lesen, weder Fernsehen noch Radio einstellen. Der Strom werde nämlich einfach abgestellt. Gegenwärtig unternimmt die Sowjetunion grösste Anstrengungen, um Koordinierung und Zusammenschluss des elektrischen Energienetzes zwischen den europäischen Comecon-Staaten und einem Teil der UdSSR zu forcieren.

Die sowjetische Ausstellung in London, das Gegenstück zur britischen in Moskau, wird am 7. Juli mit 10 000 Ausstellungsgegenständen eröffnet. Teilnehmer sind über 1000 Organisationen aus verschiedenen Teilen der UdSSR, das heisst über 1000-mal der sowjetische Staat. Von 260 maschinellen Einrichtungen, die für den Transport zu gross sind, werden Funktionsmodelle gezeigt.

Ob unter den vielen Gegenständen auch einige Ladenhüter vom Moskauer Warenhaus Gum sein werden? Es soll, wie die «Iswestija» berichtet, mindere oder altmodische Waren im Wert von rund 18 Millionen Franken angehäuft haben, die niemand zu kaufen wünscht. Das Unternehmen habe verschiedene Lieferfirmen mit insgesamt rund 10 000 Briefen zum Versand von Artikeln mit grösserer Nachfrage zu bewegen versucht, aber vergebens. «Einige Firmen beharren starrköpfig auf der Produktion demolierter Kleider, hässlicher Gebrauchsgegenstände oder schlechter Uhren», sagt «Iswestija».

Berichterstattung

Jugoslawien

«Gute Schweizer Arbeit»

Einen gesamthaft sehr positive gehaltenen Artikel von rund 1500 Worten über schweizerische Arbeitsmethoden und Arbeitsbedingungen veröffentlichte die Belgrader «Privredni Pregled» (Wirtschaftsrundschau), die massgebliche jugoslawische Wirtschaftszeitung, in ihrer technischen Beilage vom Juni. Der gute Eindruck, den ein jugoslawischer Stipendiat von seinem schweizerischen Arbeitsplatz gewonnen hat, wird darin auf eine für das gesamte Gastgeberland repräsentative Art einem grösseren jugoslawischen Leserkreis übermittelt.

Der Belgrader Brückenbautechniker Radovan Timotijevic war Ende letzten Jahres während fünf Monaten bei einer grossen schweizerischen Baufirma in der Nähe Berns an einem Brückenbau tätig. Für seine jugoslawischen Auftraggeber sollte er Organisation, Arbeitsmethoden und die Mittel zur Ausführung einzelner Bauarbeiten studieren. Er gab denn auch darüber nach seiner Rückkehr detailliert Auskunft, stellte sie aber in einen grösseren Rahmen mit weiteren Ausführungen über die schweizerische Arbeitsorganisation und Arbeitsbedingungen im allgemeinen, worüber er sich recht eingehend orientiert hatte. «Privredni Pregled» veröffentlichte etwas gekürzt den Bericht Timotijevics an seine Firma und das internationale Arbeitsamt mit der Bemerkung, dass die Angaben über sein Praktikum «sehr interessant» seien. Die «Eindrücke von einer Fachausbildung in der Schweiz» sind informativ gehalten und enthalten Kritik oder Anerkennung auch durchwegs in dieser Form. Dabei überwiegt die letztere, und gewinnt durch den sachlichen Ton eher noch an Gewicht.

Der einzige ausgesprochene Tadel bezieht sich auf die Unterkünfte der Arbeiter. Die Wohnbaracken böten — zum mindesten während der Zeit der grössten Beschäftigung — zu wenig Raum, und die Bettenzahl sei ungenügend. Sonst werden die Arbeitsbedingungen, sofern sie nicht einfach kommentarlos vermerkt werden, positiv gewertet. Ueber die Lohnhöhe äussert sich Timotiijevic (wenigstens im Auszug der Belgrader Zeitung) nicht, würdigt aber Lohn- und Anstellungsverhältnise mit den festen Stundenlöhnen. Die Regelung der Arbeitszeit scheint er ziemlich vom Gesichtspunkt der Firma aus zu betrachten und erläutert die Regelung (wie es scheint anerkennend) ausschliesslich in bezug auf die zu erbringende Leistung. (Das im Osten überall anerzogene planwirtschaftliche Denken ist ein «arbeigeberisches» Denken.) Die Arbeitsdisziplin ist «auf einem hohen Niveau», und «die Ernährung in den Kantinen reichhaltig und vorzüglich». Verschiedene Einzelheiten der Arbeitsorganisation bezeichnet der Belgrader Techniker als «sehr nützlich».

In seiner Schilderung vom Sozialen zum Technischen übergehend zeigt sich dann Timotijevic eindeutig günstig beeindruckt. Dass Bauprojekte bis in die Einzelheiten hinein vollständig ausgearbeitet werden, bevor mit der Aussenarbeit begonnen wird, scheint ihm erwähnens- und lobenswert. Sorgfältige Sondierbohrungen etwa und danach erstellte genaue Teilskizzen sind ihm besonders aufgefallen. Die betreffende Firma hielt auch den Kostenvoranschlag ein, was dem Berichterstatter für die präzise Planung in der Schweiz symptomatisch erscheint.

Den Grossteil der Ausführungen bildet die Schilderung technischer Methoden. Sie ist detailliert und sachlich, aber Ausdrücke wie «sehr wertvoll», «günstig», «praktisch», «die Schweizer sind auch darin Meister», finden sich regelmässig, dagegen keine abwertenden Ausdrücke. Timotijevic distanziert sich höchstens mittelbar von einer ihn anscheinend nicht voll überzeugenden Methode, und erklärt dann etwa, sie sei «nach Ansicht der Fachleute günstig».

«Die Universalität der Fachkräfte» heisst der letzte Untertitel des Artikels, und in diesem Abschnitt kommt deutliche Bewunderung über die mehrere Gebiete umfassende Ausbildung der Schweizer Facharbeiter zum Ausdruck, die keine sturen Spezialisten seien, sondern verschiedenartigen Anforderungen zu genügen wüssten. Qualifizierte Arbeiter könnten mit Erfolg Zimmermanns-, Maurer-, Beton- und Montagearbeiten verrichten, so dass es bei einem Arbeitsprozess auf dem Bau keine leeren Momente gebe. (Ueber die ungelernten Arbeiter bemerkt der jugoslawische Stipendiat nicht viel mehr, als dass sie meist ausländischer Herkunft seien.)

Für die Schulen von Kosovo und Metohija (Jugoslawien) stiftete das Schweizerische Arbeiterhilfswerk vollständige Ausrüstungen für 14 Schulzahnkliniken.

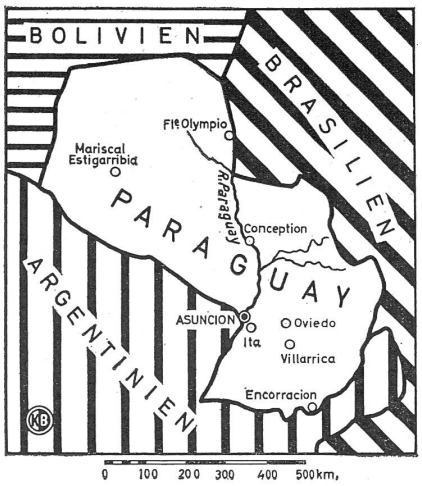
Erstmals seit 1941 sind alle Diözesen der serbisch-orthodoxen Kirche mit Bischöfen besetzt. Die Bischofswahlen schlossen die diesjährige ordentliche Tagung der Bischofskonferenz in Belgrad ab. Zum Vikar des Patriarchen German wurde Dr. Sava Vukovic, Professor am Priesterseminar Belgrad, unter gleichzeitiger Erhebung in den Bischofsstand gewählt. Er hatte 1958/1959 an der christkatholischen Fakultät der Universität Bern studiert, bevor er an der theologischen Fakultät in Belgrad mit dem Doktorat abschloss.

Patriarch German, das Oberhaupt der serbisch-orthodoxen Kirche, hatte später Verhandlungen mit dem Präsidenten der staatlichen Kommission für Religionsfragen. Besonderes Problem war die Sozialversicherung der Priester, doch kamen anscheinend noch verschiedene Fragen zum Verhältnis zwischen Kirche und Staat zur Behandlung. Eine Meldung der Parteizeitung «Borba» erklärte dazu, alle strittigen Punkte würden auf Grund der Verfassung und des Gesetzes über die Religionsgemeinschaften gelöst werden. Diesen Rahmen hätte auch die Kirche bei ihren Forderungen zu berücksichtigen. Die Verfassung basiert auf der Grundlage der Trennung von Kirche und Staat.

Noch schreitet die Teuerung in Jugoslawien (siehe KB Nr. 24) fort. Die Brotpreise in Zagreb sind innerhalb von sechs Monaten zum zweitenmal erhöht worden. Per Kilogramm kostet Schwarzbrot jetzt 60 und Weissbrot 76 Dinar.

Unter Stroessners Regime: Paraguay

Staats- und Regierungsform: Präsidiale Republik. Das Parlament (Kongress) besteht nur aus einer Kammer (Camera de Diputados); die Abgeordneten werden auf fünf Jahre gewählt. Daneben besteht noch ein Staatsrat (Consejo del Estado), dessen Mitglieder vom Präsidenten bestimmt werden. Dieses Organ hat ungefähr die Funktion eines Senats. Wahlberechtigt alle erwachsenen Bürger. Wehrpflicht nur zwischen 18 und 20 Jahren, daneben können Männer über 20 Jahren für den Kriegsfall eingezogen werden. Paraguay ist in 16 Departemente gegliedert, die aber reine Verwaltungsbezirke ohne Autonomie darstellen. Staatsoberhaupt und Regierungschef ist



General Alfredo Stroessner, der durch eine Revolte 1954 an die Macht kam und 1954 wiedergewählt wurde. Autoritäre Regierungsweise. Praktisch befindet sich das Land fast immer im Ausnahmezustand, und die Regierung regiert ohne Parlament. Wichtige Revolten der letzten Zeit waren diejenige vom Mai 1959 und vor allem die Unruhen vom Dezember des gleichen Jahres, die Stroessner als Invasion von paraguayanischen Rebellen aus Argentinien bezeichnete. Die Untergrundopposition im Lande soll stark von Kuba beeinflusst sein.

Parteien: Massgebend ist Stroessners National-Republikanische Partei, daneben sind die ebenfalls konservativen Liberalen praktisch ohne Bedeutung. Die KP ist verboten.

Einwohner: 1 760 000.

Bevölkerung: Ueber 90 Prozent Mestizen, im übrigen Indianer und kleine weisse Minderheit.

Städte: Asuncion (Hauptstadt) 250 000 Einwohner, Encarnacion, Oviedo, Villarica.

Sprache: Spanisch (als Umgangssprache noch Guarani).

Religion: überwiegend römisch-katholisch, protestantische Minderheiten.

Export: Holz (über ein Viertel des Ausfuhrwertes), Baumwolle, Pflanzenöle, Häute Felle, Tabak, Fleisch und Fleischkonserven.

Wichtigste Aussenhandelspartner: Argentinien, USA, Grossbritannien.

Mitgliedschaft: Uno, OAS, Lateinamerikanische Freihandelszone.

Landwirtschaft

Polen

Kombinate für Staatsgüter

Polen muss mit seinen Staatsgütern experimentieren, um sie zum Rentieren zu bringen. Sie werden in Kombinate (siehe KB Nr. 23) zusammengefasst, wie sie im Osten auf industriellem Gebiet schon bestehen. Aber die Landwirtschaftskombinate als neue Organisationsform der Produktion sind etwas Neues, so dass Polen in dieser Hinsicht den übrigen Ostblockstaaten voraus ist.

Das Land kann auf verschiedenen Gebieten des Lebensmittelsektors seinen Eigenbedarf nicht decken, muss aber trotzdem Agrarprodukte exportieren, wenn es die für seine Planung notwendigen Investitionsgüter einführen will.

Die Warschauer Zeitung «Glos Pracy», welche von der Neuerung berichtet, stellt sie als Experiment vor. Die noch nicht allzu zahlreichen Staatsgüter sollen dort in Landwirtschaftskombinate zusammengefasst werden, wo sie aneinander angrenzen. Ein Kombinat ist im Gegensatz zur Sowchose selbst nicht eine administrative, sondern eine produktive Einheit. Gemeint ist auf dem Agrarsektor, dass die betreffenden Staatsgüter ihre Produktion nicht autarkisch (nach der Rentabilität der einzelnen Sowchose) gestalten sollen, sondern aufeinander abgestimmt. Jedes Gut soll innerhalb des Kombinats seine Spezialität haben, so dass es zur gleichen Vereinigung kommt wie in der Industrie.

Im neuen Wirtschaftsjahr, d. h. ab 1. Juli, werden zwei grosse Landwirtschaftskombinate in der Lubliner Wojewodschaft entstehen. Das erste wird fünf, bisher unabhängige Agrarbetriebe mit einer Gesamtfläche von 3500 Hektar umfassen, das zweite sogar zehn Staatsgüter von zusammen 5800 Hektar. Dieses zweite Kombinat wird über schwere Landwirtschaftsmaschinen verfügen, die von den einzelnen Sowchosen allein nicht richtig ausgenützt werden können.

Der Versuch ist zweifellos interessant. An sich scheint gerade die Landwirtschaft mit ihrer Produktenvielfalt für Kombinate eher besser geeignet als die Industrie. Anderseits sind aber die landwirtschaftlichen Staatskollektive deutlich als planwirtschaftliche Produktionseinheit konzipiert, was auch die Festlegung der Verantwortung für die Planerfüllung ermöglicht. Sowchosen sind eigene Dörfer mit ihrer eigenen Produktion, die schon für den Bedarf der Sowchosmitglieder selbst normalerweise die Vollständigkeit anstrebt. Die vorerst einleuchtende Arbeitsteilung hat somit doch auch etwas Strukturwidriges. Wie weit es Polen gelingen wird, seine durch die Kollektivierung zum mindesten mitbedingten Agrarschwierigkeiten zu überwinden, bleibt noch abzuwarten.

Die Vorstufe zur landwirtschaftlichen Kollektivierung wird in Polen deutlich forciert. Im Verlauf der ersten fünf Monate des laufenden Jahres wurden 3000 neue Agrarzirkel (niedrigste Stufe der Kollektivierung) und Landwirtinnenvereine errichtet.

Der polnische Kontroll- und Revisionsapparat führte im ersten Quartal dieses Jahres 2136 Kontrollen durch, wobei 1303 Vergehen festgestellt wurden. Es handelte sich um Wirtschafts-, Devisen- und Zolldelikte (mit Abstand am häufigsten), ferner um Finanzvergehen von Firmaleitungen.

Soziales

Ungarn

Planwirtschafts-Spesen

35 000 Personen sind in Ungarn gegenwärtig ausserhalb von Polizei oder irgendwelchen entsprechenden Organen damit beschäftigt, ihre Mitbürger zu kontrollieren und Unzulässiges zu rapportieren. Ihr oberster Chef beklagte sich darüber, dass sie «immer noch auf Misstrauen treffen».

Der Präsident des staatlichen Zentralkomitees für die Volkskontrolle, Janos Ocel, berichtete kürzlich bei einer Pressekonferenz über die Tätigkeit dieser Organisation, die sich in einem neuen Entwicklungsstadium befindet. Auf der breitesten Front, im Dorfe, setzen sich die Kontrollkommissionen ausschliesslich aus gesellschaftlichen Funktionären zusammen, und erst in den übergeordneten Stellen finden sich Staatsbeamte. Diese Kommissionen üben, wie Ocel befriedigt feststellte, allein schon durch ihr blosses Vorhandensein einen grossen Einfluss auf die Wirtschaftsleiter aus.

Das heisst aber keineswegs, dass diese gesellschaftlich-staatliche Truppe untätig ist. Letztes Jahr überprüften die Organe der Volkskontrolle mehr als 32 000 Betriebe, Unternehmen, Institutionen, örtliche Räte, Geschäfte und Aemter. Und bis zum 31. Mai dieses Jahres hat das Zentralkomitee 13 Kontrollaktionen von nationaler Bedeutung und 12 weitere Grosseinsätze der Spürleute organisiert. Bei diesen Kontrollen werden, wie es in der Berichterstattung der «Magyr Zemzet» vom 14. Juni heisst, «hauptsächlich» volkswirtschaftliche Probleme untersucht. Woraus sich ergibt, dass die Kompetenzen noch weiter reichen.

Auch den Zuträgern wird noch zugetragen. 1960 erhielten die Kommissionen der Volkskontrolle rund 10 000 Anzeigen «von öffentlichem Intersse, deren Mehrzahl ernsthafte Schwierigkeiten und Missbräuche aufdeckte.»

Ocel ist mit seiner Organisation im allgemeinen zufrieden. Aber er verlangt noch mehr Nachprüfungen und noch mehr Einzelkontrollen.

In der ungarischen Ziegelbrennerei von Hodmezövasarhely wurde die Arbeit auf sieben Stunden im Tag reduziert. Nur müssen die Arbeiter jetzt auch am Sonntag arbeiten, weil die Brigaden seit der Verkürzung der Arbeitszeit täglich 2000 Stück Ziegel weniger erzeugen können als vorher. Die Werktätigen des Betriebes verlangen jetzt die Wiedereinführung des Achtstundentages. «Was man ihnen mit der einen Hand gab, nahm man ihnen mit der andern weg.» Mit diesem Satz übertitelt die ungarische Zeitung «Csongrad Megyei Hirlap» ihren Bericht über den Vorfall.

Asoziales

Sowjetunion

Blankoschein

Das «Parasitentum», dem jetzt im ganzen Unionsgebiet kräftig auf den Leib gerückt wird, steht anscheinend in Litauen noch in voller Blüte. Doch werden die Schädlinge an der sozialistischen Gesellschaft doch von der einheimischen Presse angeprangert, und nach Bestrafung wird gerufen.

Wie aus einem Artikel der «Sowjetskaja Latwija» hervorgeht, gibt es in der kleinen Stadt Radwilischkise eine ganze Reihe von Möglichkeiten, als privater Gewerbetreibender gut zu verdienen, ohne als solcher registriert zu sein. Da jedermann sich wie in der übrigen Sowjetunion über seine Arbeit ausweisen können muss, können leere Arbeitsbescheinigungen gekauft werden, die bereits über Unterschrift und Stempel verfügen. Der Interessent braucht diesem Blankodokument nur noch einen Text nach seinem Belieben zuzufügen.

Andere, so führt die Zeitung aus, lassen sich von einem Bekannten, Verwandten oder irgendeinem käuflichen Mann fiktiv als Angestellter einer Fabrik eintragen, ohne je dort zu arbeiten.

Wer sich so einen offiziellen Arbeitsplatz beschafft hat, sucht sich nach einem inoffiziellen um, d. h. er wird Photograph, Coiffeur, Schuhmacher oder Radiomechaniker auf eigene Faust. Aufschlussreich ist es dabei, dass die auf diese Art betriebene private Arbeit besser ist als diejenige in den staatlichen Betrieben, denn sonst fänden ja die «Volksschädlinge» nicht so viele Kunden, und sie könnten sich nicht, wie es die «Sowjetskaja Latwija» beschreibt, Häuser und Autos kaufen.

Auch über einträgliche Freizeitbeschäftigung empört sich das Litauer Organ. «Der Nachtwächter der Bank betreibt tagsüber ein privates Gewerbe: er repariert meisterhaft Akkordeons, Schreibmaschinen, Rechenmaschinen und dergleichen. Als man den Direktor fragte, weshalb er das nicht gemeldet habe, fragte er zurück, was ihn das angehe, was der Nachtwächter in seiner Freizeit mache.» Diese nach westlichen Begriffen durchaus vernünftige Antwort gibt die Zeitung kommentarlos wieder, als für sich selbst sprechendes Beispiel asozialen Verhaltens.

BRIEFE

Gelenkter Osthandel

F. M. in St. Gallen. *Ihre Ansicht, der Osthandel sollte von einer zentralen Stelle aus gelenkt werden und somit auch für uns auf diese Art eine politische Waffe werden, würde ich voll unterstützen ... Auf keinen Fall dürfen wir den Handel mit dem Osten dem Einzelnen überlassen. Die finanziellen Vorteile, mit Ostprodukten Handel zu betreiben, sind zu mannigfaltig und locken deshalb so manchen, wobei nicht alle, die das betreiben, politische Säuglinge sind, sondern eher «Judas-Jünger», die bereit sind, ihre Mitbürger zu schädigen, nur weil dies ein paar Franken einbringt. ... Der Osten kann ja mit seinen Hungerlöhnen billiger liefern als wir. Ich glaube, es ist unsere Pflicht, dass wir nicht tatenlos zusehen, sondern diejenigen, die sehen, wohin solches führt, sammeln und eine starke Organisation bilden. Vielleicht ist es Ihnen nicht bekannt, dass es Geschäftsleute gibt, die Vertreter, welche mit einem Ostwagen, Skoda, Tatra usw. vorfahren, nicht empfangen. Das habe ich jüngst vernommen und mich daran gefreut.*

Im übrigen verweist «Sowjetskaja Latwija» auf das neue Gesetz mit der Strafandrohung für jene Personen, die keine gemeinnützige Arbeit leisten wollen. Der «harte Kurs» wird sich also wohl demnächst auch in Litauen auswirken.

Justiz

Die Strafe für Schieber

In Moskau ist ein Prozess gegen «Spekulanten und Valutaschiebern» (siehe KB Nr. 22) nach Verhandlungen von 13 Tagen mit Freiheitsstrafen zu Ende gegangen. Der Fall der acht angeklagten Parasiten, die mit ihren schwarzen Börsengeschäften und Wertsachenschmuggel durchwegs sehr hohe Summen verdient hatten, war von der gesamten sowjetischen Presse mit grösster Aufmerksamkeit verfolgt worden. Das Gefühl, dass hier voraussichtlich ein Exempel statuiert würde und die asozialen Elemente mit den höchsten Strafen — wenn nicht der höchsten — zu rechnen hätten, hatte vorgeherrscht.

Die Urteile dagegen scheinen mehr hart als krass ausgefallen zu sein: Alle Angeklagten wurden zu Freiheitsstrafen von 6 bis 15 Jahren verurteilt. Den drei Hauptangeklagten wurde das ganze Eigentum, den übrigen fünf nur die Valutawerte beschlagnahmt. Gemäss dem Ukas des Obersten Sowjets der UdSSR kommt bei dieser Strafe eine vorzeitige oder bedingte Haftentlassung nicht in Frage, ebensowenig die Umwandlung in eine mildere Strafe.

Gebrauchsterminologie im Osten

Die Jugend und die antisowjetischen Elemente

Anonimschtschiki

(die Anonymen) sind die Bürger aus allen Bevölkerungsschichten, welche ihre Unzufriedenheit gegen Regime gegenüber in anonymen Briefen ausdrücken, welche sie an die Zeitungsredaktionen, die Bezirkskomitees und die sowjetischen öffentlichen Organisationen versenden. Die meisten von ihnen haben keine juristische Vorbildung, aber sie kennen das sowjetische «Gewohnheitsrecht», das allen jenen gegenüber angewandt wird, welche das Sowjetregime kritisieren. Deshalb unterschreiben die «Anonymschtschiki» ihre Briefe nie.

Antipatrioty

(die Nicht-Patrioten) ist die Jugend, welche findet, dass das Sowjetregime weniger nach Erfolgen im Kosmos, sondern nach Erfolgen auf der Erde, wenigstens die bescheidensten Erfolge in der Landwirtschaft und bei der Versorgung der Bevölkerung mit den täglichen Gebrauchsgütern anstreben sollte.

Apolititschnyje

(die an der Politik nicht Interessierten) ist die Jugend, welcher die Politik und die Lüge der sowjetischen Politik, die vom Staat befohlenen Versammlungen, die Diskussionen, die Massnahmen und der gemachte Enthusiasmus verleidet sind.

Antisowjetskije Elementy

(antisowjetische Elemente) sind Bürger, denen nicht Sowjetisches gefällt.

Burschoiznyje Nazionalisty

(die bourgeoisen Nationalisten) sind jene Sowjetbürger, welche die kommunistische Formel vergessen haben: «Die Kultur ist der Form nach national, dem Inhalt nach sozialistisch.»

Begunki, Letuny

(die Rennenden und Fliegenden) ist die Jugend, welche oft die Arbeitsstellen wechselt. Grundsätzlich nennt man jene Jugendliche so, welche «freiwillig auf Befehl» zu Bauarbeiten in Sibirien oder dem «Aufruf der Partei folgend» ins Neulandgebiet gefahren ist und von dort infolge unerträglicher moralischer und materieller Arbeitsbedingungen geflohen ist.

Klewetniki

(die Verleumder) jene die ihre Augen auf die sowjetischen Wirklichkeiten nicht verschliessen und darüber abfällig sprechen (besonders mit Ausländern) oder ohne Beschönigung oder Rechtfertigung schreiben.

Planung

Tschechoslowakei

Sozialistische Dörfer

Die tschechoslowakische Regierung hat Anfang Juni die Grundsätze zur Errichtung «sozialistischer Dörfer» und mit ihrem Beschluss das erste zusammenfassende Dokument über diesen Plan verfertigt.

Nach der Durchführung des Programmes wird die Dorforganisation durch koordinierte Wohn- und Arbeitszentren nicht nur arbeitstechnisch, sondern in jedem Lebensbereich den Kollektivgütern angepasst sein.

Allerdings scheint Prag nicht übereilt und weniger stur als denkbar vorgehen zu wollen. Die Regierung betonte, dass die von ihr angenommenen Direktiven den örtlichen Bedingungen eng angepasst werden sollten. Für den Aufbau des sozialistischen Dorfes in der ganzen CSSR ist eine Zeit von mehreren Fünfjahresplänen vorgesehen.

Endgültige Regierungsanweisungen sind nicht vor Beginn des nächsten Jahres zu erwarten.

Eine Diskussion um den Bau sozialistischer Dörfer war im März und April auch in Ungarn heftig entbrannt, wobei von Parteiseite konkrete Anläufe gefordert worden waren.

Im tschechoslowakischen Nordmähren wird eine grosse Universitätsstadt entstehen. Sie soll bis spätestens Ende 1975 im neuen Stadtviertel von Ostrau, in Poruba, erbaut werden, und wird drei Hochschulen für nahezu 10 000 Studenten beherbergen. Die Projekte sind vom Gebiets-Nationalausschuss Nordmährens genehmigt worden.

Partei

China

Schulungsprobleme

auf der untersten Ebene der Parteikader beschäftigen die chinesischen Machthaber nach wie vor. Das Versagen einer breiten Schicht von Funktionären sowohl in ideologischer als auch in produktiver Führung wird anscheinend für den Rückschlag der Kommunenwirtschaft recht weitgehend verantwortlich gemacht. Eine Kampagne zur Hebung des Kaderstandes hat im ganzen Staat eingesetzt (siehe KB Nr. 23), wobei den regionalen Komitees die konkrete Gestaltung überlassen bleibt. Ein bezeichnendes Beispiel zugleich für das chinesische Programmverfahren bildet die «Vier-Punkte-Methode» zur Festigung der Kommunenverwaltung, die laut Radio Kunming eine Volkskommune in der Provinz Yünnan entwickelt hat:

1. Durchführung der Parteipolitik. Sie wird sowohl zur «Produktionsbegeisterung der Kommunenmitglieder» als auch «zur Erfüllung aller Aufgaben» äusserst wichtig genommen.

2. Vervollkommnung der Parteiorgane auf den untersten Stufen.

3. Förderung der ideologischen und politischen Tätigkeit, was mit den Produktionsaufgaben helfen soll.

4. Ausbildung der Funktionäre auf den untersten Stufen. «Das Komitee hat Funktionäre zum Studium der Parteipolitik und ihrer Prinzipien und zum Besuch fortschrittlicher Arbeitseinheiten organisiert. So sollen die verschiedenen Betriebe dazu gebracht werden, miteinander zu wetteifern.»

Diese Punkte scheinen sehr verwandtschaftliche Züge, wenn nicht Identitäten aufzuweisen. Als deutlichst erkennbarer roter Faden dient jedenfalls die Feststellung, dass die Partei nicht gewillt ist, trotz der letzten Misserfolge, auch nur die geringste Produktionskontrolle abzugeben.

Curriculum der Woche

RUDNEW KONSTANTIN NIKOLAJAWITSCH

Vom Obersten Sowjet mit Publikationsdatum vom 11. Juni zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR (einer der Stellvertretenden Ministerpräsidenten) und zum Vorsitzenden des Staatlichen Komitees zur Koordination der wissenschaftlichen Forschungsarbeit beim Ministerrat der UdSSR (siehe Untersuchung) ernannt. Auf seinen bisherigen Posten als Vorsitzender des Staatskomitees für Verteidigungstechnik beim Ministerrat der UdSSR wurde Leonid Wassiljewitsch Smirnow berufen.

Rudnew, Mitglied der KP seit 1941, wurde 1911 in Tula geboren. Oberschule und darnach Arbeiter in verschiedenen Fabriken. 1933 Eintritt in den Komsomol. 1935 absolviert er das Tulaer Institut für Mechanik. Anschliessend Aufstieg über Konstrukteur, Abteilungschef, Chefingenieur bis zum stellvertretenden Leiter eines Konstruktionsbüros. 1940 bis 1947 Chefingenieur, Direktor einer Rüstungsfabrik, später Direktor eines Forschungsinstituts. Seit 1948 Chef der Hauptverwaltung und Mitglied des Kollegiums des Rüstungsministeriums der UdSSR. Im Mai 1952 erfolgt seine Ernennung zum stellvertretenden Minister für Rüstungsindustrie. Im März 1958 wird er auf seinen bisherigen Posten berufen.

Im Juni hat auch die RSFSR (Russische Republik) die Schaffung eines Staatskomitees beim Ministerrat zur Koordinierung der wissenschaftlichen Forschungsarbeit beschlossen. Vorsitzender wurde Pawel Iwanowitsch Abrosskin.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum.

DER KLARE BLICK

28. Juni 1961

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe, Swiss Press Review and News Report.

Unser Memo

Studenten aus Entwicklungsländern, die in Ostblockstaaten studieren, können von der Partei indoktriniert werden oder sich aber angewidert vom System abwenden. Dass auch diese, für die freie Welt tröstliche Möglichkeit besteht, bestätigen immer wieder neue Beispiele. Der Fall rassischer Diskriminierung nigerischer Studenten in Moskau, der im letzten Herbst bekannt wurde, war in dieser Hinsicht unrepräsentativ, denn hier hatte die Unzufriedenheit der Afrikaner nicht direkt und nicht eindeutig ersichtlich mit Widerstand gegen den kommunistischen Totalitarismus zu tun. Aber seither hat es zahlreiche Studenten gegeben, die auf die volle Ausnützung ihres Oststipendiums verzichteten und nach dem Westen absetzten, weil ihnen die penetrante, gleichschaltende Parteipropaganda zuwider war. Regelmässige Absprünge gibt es vor allem aus der Tschechoslowakei und der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands.

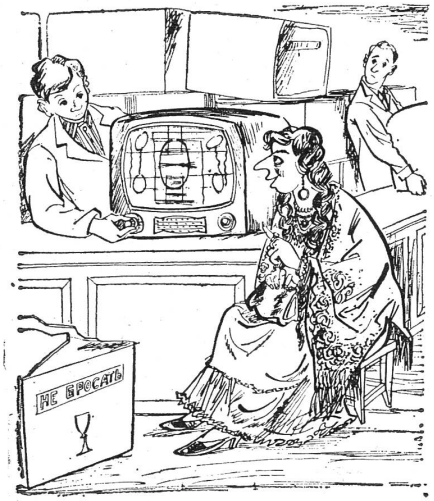
Ein besonders interessanter Fall ist erst kürzlich gerade aus der SBZ bekanntgeworden, denn er betrifft Ghanesen, die ja aus einem Staate kommen, der als stark prokommunistisch gilt. Ueber weitreichende Unzufriedenheit unter den afrikanischen Stipendiaten in der DDR berichtete in London der ghanesische Ingenieurstudent George Sapara Arthur, der sein Studium in Leipzig abgebrochen hat. Nach seiner Schätzung (die er möglicherweise für seine britischen Interviewer grosszügig hielt) fliehen monatlich mindestens zehn afrikanische Studenten nach dem Westen. Besonders aufschlussreich aber war sein Bericht, wonach während der Leipziger Messe ein Treffen ghanesischer Studenten von der Polizei aufgehoben wurde. Die Versammlung der betreffenden Studentenorganisation hatte verlangt, dass sich die Regierung in Accra der ghanesischen Studierenden annehme, die sonst aus der SBZ zurückgezogen zu werden hätten. Dass eine solche Forderung unter Ghanesen sich verbreiten konnte, ja nahezu Communiquéform annahm, scheint tatsächlich darauf schliessen zu lassen, dass der Widerstand der Stipendiaten aus den Entwicklungsländern gegen die Parteibevormundung nicht nur sporadisch ist. Die Studenten, so erklärte der angehende ghanesische Ingenieur (der in Heidelberg abschliessen wird), lehnten sich keineswegs nur vereinzelt gegen die politische Beeinflussung auf, die nicht nur die Vorlesungen, sondern auch die Freizeitgestaltung (Bildung «freiwilliger Studiengruppen» zwecks Verfassung antiwestlicher Arbeiten) dominiert.

Die Beispiele zeigen, dass Afrikaner, die mit dem Kommunismus liebäugeln, wenn er und seine Wirtschaftshilfe gegen den Westen ausgespielt werden können, sich doch nicht unbedingt gleichschalten lassen wollen. Die Absprünge von Studenten bedeuten für den Westen eine Chance und eine Lehre. Die Chance, solche Fälle in Afrika und Asien propagandistisch auszuwerten, wäre gegeben. Die Lehre, bei uns Studenten aus den Entwicklungsländern nicht einfach «einzuschalten», sondern aufzuklären und wenn möglich zu überzeugen, leuchtet ein. Es wird nicht zuletzt darum gehen, manche Völker von den Gefahren des Prokommunismus aus Opportunismus zu überzeugen. Wenn der Kommunismus zur Macht kommen kann, nimmt und hält er sie mit Gewalt. Er frägt dann nicht mehr danach, was man seinerzeit gemeint hatte, als man ihn hereinliess.

Seherin beim Fernsehen

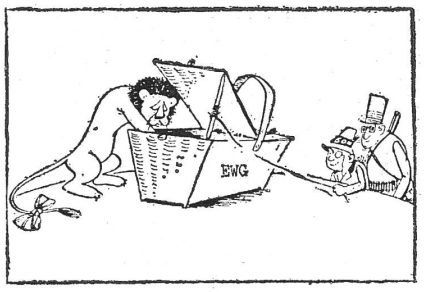
Wenn auch das Fernsehen in der Sowjetunion gegenwärtig stark ausgebaut wird (siehe KB Nr. 24), herrscht doch noch grosse Unzufriedenheit über die Qualität der Televisionsapparate. Laut einer RSFSR-Statistik muss jeder in der Russischen Republik gekaufte Empfänger durchschnittlich zweimal pro Jahr repariert werden. Darauf nimmt die hier wiedergegebene Krokodil-Karikatur Bezug, die eine Handleserin im TV-Laden zeigt. Auf die Frage des Personals, was sie hier zu treiben habe, erwidert sie: «Meinen Beruf. Ich lese aus den Linien (im Bildschirm) die Lebensdauer der Apparate heraus.

Unterdessen ist allerdings der neue Empfänger «Jenissei» der Fernseh-Fabrik von Krassnojarsk in Fabrikation genommen worden, der im Vergleich zu den alten Modellen erhebliche Verbesserungen aufweisen soll.



Der Schnappschuss

Die Einführung neuer Traditionen, Gebräuche und Festlichkeiten soll laut der Moskauer Parteizeitschrift «Kommunist» beschleunigt werden, um endlich alle Sitten auszumerzen, die auf religiösen Glauben zurückzuführen sind. «Noch ist es uns nicht gelungen, Alltagszeremonien zu verbreiten, die feierlich und farbig genug sind, die religiösen Formen zu verdrängen.» Gelegenheit zu solchen Konkurrenzfestlichkeiten böten nicht nur die staatlichen Gedenktage, sondern auch Daten aus der Biographie berühmter Sowjets oder Erinnerungstage für besondere Errungenschaften einzelner Betriebe. Den Entwurf zu solchen Zeremonien sollten bekannte Künstler, Film- und Theaterfachleute besorgen. Habe man sich auf die Durchführungsart einer neuen Feierlichkeit geeinigt, so müsse sie mit Tonfilm aufgenommen und überall verbreitet werden.



Die EWG-Falle

«Eine dicke Jagdbeute im westlichen Dschungel» betitelte die in Sofia erscheinende «Narodna Armija» das hier wiedergegebene Bild über die britische Annäherung an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Bonn und Paris haben die Falle aufgestellt, und der britische Löwe ist im Begriff, hereinzufallen. Wenn es um Fragen der europäischen Integration geht, gebärdet sich der internationale Kommunismus jeweils überaus nationalistisch, und das Verschwinden der EWG-EFTA-Rivalität würde nirgends so bedauert wie im Ostblock.

Auf keinen Fall weiter als die Schweiz darf Oesterreich in der europäischen Integration gehen. Dies erklärte der sowjetische Botschafter in Wien, Viktor Awilow. Die Sowjetunion habe einen Fehler gemacht, als sie bei den Verhandlungen zum österreichischen Staatsvertrag (unterzeichnet 1955) in eine Neutralität nach Schweizer Art für Oesterreich eingewilligt habe. Wenn nun Bern sich für die EWG entscheiden sollte, könne man Wien schwerlich darin hindern, dem Beispiel zu folgen. Doch werde es die Sowjetunion nicht akzeptieren, wenn Oesterreich «auch nur einen Zentimeter weiter» gehe als die Schweiz.

*

Zur Unterstützung prokommunistischer Politiker in Kenya hätte die Sowjetunion über eine Million Franken in Banken der Schweiz, Grossbritannien und der VAR deponiert, erklärten Sicherheitsbeamte in Nairobi. Obwohl man in Kenya die kommunistische Organisation nicht für sehr stark hält, zeigt man sich besorgt über die mögliche systematische Infiltration von KP-Agenten, vor allem aus Mogadischu, der Hauptstadt Somalias. Dort haben sowohl Moskau als auch Peking diplomatische Vertretungen und entfalten eine rührige Propaganda. Ein langfristiges sowjetisches Darlehen hat diesen Monat einer kremlfreundlichen Stimmung Auftrieb verliehen, namentlich im früheren Britisch-Somaliland.

*

Von den diesen Frühling in Ungarn bei den Modeschauen vorgeführten Modellen wurden den Warenhäusern ganze acht bis zehn Stück geliefert. Praktisch erhältlich sind also nur die Kleider alter Machart.

*

Laut «Voix Ouvrière» (Nr. 125) verdient ein Elektrier in Ungarn monatlich 1900 bis 2000 Forint. Laut dem Ungarischen Statistischen Jahrbuch 1961 aber 1460 Forint. Da muss sich wohl eine der beiden Quellen trompieren.